

Die Neutralität der Schweiz

Entstehung und heutige Aufgabe — und warum es keinen Grund gibt, dass die Schweiz sich mit einer Kriegspartei solidarisiert

21. September 2024

Hans Bieri, Mitglied des Initiativkomitees zur Neutralitätsinitiative

Georg Häsler, NZZ¹, und Daniel Möckli², neuer Leiter des ETH-Zentrums für Sicherheitspolitik, sind beide der Ansicht, dass die Neutralität der Schweiz in dem Masse abnehmen müsse, wie die Schweiz sich einer der grossen Konfliktparteien, in unserm Falle der USA, NATO und EU annähern müsse? Beide sehen diesen Prozess im Zusammenhang mit der „Zeitenwende“ — gewissermassen die aktuelle Formulierung der Theorie über das „Ende der Geschichte“ von Fukuyama: das Ende des Kalten Krieges als Abschluss der bisherigen sozioökonomischen und geopolitischen Konflikte. An sich wäre die sog. Friedensdividende eine gute Voraussetzung gewesen Konflikte zu lösen! Angebote wurden gemacht! Doch nun ist der Konflikt weiterhin nicht gelöst und führt zu nationenübergreifenden Bündnissen. Nach Daniel Möckli wird folglich Neutralität oder partielle Neutralität immer schwieriger, weil man „nicht den Fünfer und das Weggli“ haben könne und sich deshalb auf eine Seite der Konfliktparteien schlagen müsse. Zudem zeige die geopolitische Konfrontation zwischen dem „Westen“ und den sogenannten autokratischen Staaten, dass die Schweiz geografisch und damit sowohl militärstrategisch wie auch wirtschaftlich/versorgungsmässig zur westlichen Konfliktpartei gehöre. Angenommen, der Konflikt wird dadurch gelöst, dass die eine Partei die andere besiegt, stellt sich jedoch nach wie vor die Frage, woraus denn der Konflikt entstanden ist und ob anstatt des (opferreichen) Sieges der einen Partei über die andere nicht doch auch die *Lösung des Konfliktes* eine Option sein könnte? Worin besteht aber der Konflikt? Hier lautet die neue Formel der ‚Zeitenwende‘, es gehe um Demokratie gegen Autokratie. Dass sich aus einer solch manichäisch vereinfachten Sicht der Einteilung der Welt in zwei Blöcke der Guten und der Bösen keine Konfliktlösung bilden kann, versteht sich von selbst. Aber wenn man offensichtlich überfragt ist und weder die Ursache des Konfliktes darlegen kann und noch eine Lösung hat, kann man in dieser selbst verschuldeten Ausweglosigkeit nicht einfach die Neutralität aufweichen und sich einer der Kriegsparteien anschliessen. Das ist die Befindlichkeit der Studienkommission Sicherheitspolitik³, dass sie ihre Unfähigkeit, aus den Konfliktursachen heraus den Weg zu Lösungen frei zu machen, selbst zur Lösung erhebt und in diesem Zustand der selbst gewählten Beschränktheit nur noch bei einer Kriegspartei intellektuellen Unterschlupf finden kann.

Der Ursprung der Neutralität der Schweiz

Die Neutralität der Schweiz entzündete sich an der Grundrente. Die Neutralität der Schweiz ist eine politische Errungenschaft, die mit der Vertreibung des Territorialadels durch die auf ihrem Boden lebende Bevölkerung ihren Anfang nahm. Die Topografie, das Klima, die Beschränkungen der natürlichen

1 Anti-Nato-Parolen schwächen die Widerstandskraft, Georg Häsler, NZZ, 7. August 2024.

2 «Der Druck auf uns wird zunehmen», Interview mit Daniel Möckli, Leiter ETH-ZH für Sicherheit NZZaS, 25. August 2024.

3 Bericht der Studienkommission Sicherheitspolitik, 08.2024

Fruchtbarkeit der Böden und die Armut an Rohstoffen erlaubten nicht, ausgedehnte Abgaben an den feudalen 'Wehrstand' zu leisten. Die kleinräumliche Topografie war zudem für Ritterheere zu aufwändig. Die gebietsräumlichen Verhältnisse waren jedoch ein Vorteil für das Fussvolk ('Infanterie') der kämpfenden «Haufen» gegen die Ritterheere des Adels. Folglich war es naheliegend, dass der 'Nährstand' — also die direkt von der Arbeit am Boden lebende Bevölkerung, selbst die eigene territoriale Absicherung leistete und den ritterlichen Wehrstand in die Wüste schickte. Die knappe Ressourcenbasis beförderte die Abwanderung des Hauses Habsburg in Gebiete, wo höhere Abgaben eingetrieben werden konnten.

Dem letzten Vertreibungsgefecht der Eidgenossenschaft im Schwabenkrieg 1499 folgte 1618 der Dreissigjährige Krieg. Diese europäische Auseinandersetzung wurde durch eine ähnliche Problematik ausgelöst — allerdings in einem weit grösseren Massstab: Den Territorialfürsten waren die Abgaben an Papst und Kaiser inzwischen zu hoch bzw. ohne erkennbaren wirtschaftlichen Nutzen für ihre eigenen Territorien bzw. Fürstentümer.

Dass die aufgrund ihrer emanzipatorischen Vorleistungen reichsfreie Eidgenossenschaft von dieser Auseinandersetzung nicht betroffen war, ist die Folge ihrer vorgängig erkämpften **Selbständigkeit**! Die Eidgenossenschaft war bereits 'reichsfrei' und stand somit ausserhalb dieses Konfliktes des Dreissigjährigen Krieges. Man kann sagen, die Eidgenossenschaft war in Bezug auf den Dreissigjährigen Krieg bereits *neutral* bzw. ausserhalb der territorialen Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien der Grossmacht von Papst und Kaiser und den regionalen Mächten der Fürsten, die nicht mehr bereit waren, überhöhte Abgaben aus ihren Territorien abzuliefern.

Die Neutralität als Bereich ausserhalb des Konfliktes ist ein vom Konflikt umschlossenes Territorium. Das ist die neutrale Position, sich nicht dem 'Binnenmarkt der Konfliktzone' anzuschliessen.

Die Eidgenossenschaft stand durch ihre eigene aktive Organisation ihres Lebensraumes ausserhalb dieser Händel. Die Schweiz war mitten in Europa vom Dreissigjährigen Krieg nicht betroffen und dies nicht einfach, weil die Schweiz wegschaute —, wie die heutigen Neutralitätsgegner in ihrer wohlstandsverwöhnten Unwissenheit sagen würden —, sondern weil die Eidgenossenschaft vorgängig *aus eigener Initiative* die *materielle Konfliktursache beseitigt* hatte. Denn jeder lebt von seiner Arbeit und nicht von Abgaben an fremde Interessenzentren. Das wird natürlich jenen 'Kommissionen', welche im Denken der «einzigen Weltmacht» geschult sind, nicht passen. Nichtsdestoweniger bleibt die Neutralität ein Vorgriff auf eine gerechte Wirtschaftsordnung, wo jeder von seinen Leistungen lebt und **wo folglich der Vorteil bei einer international verflochtenen Wirtschaft gegenseitig sein muss**. Das ist die *neutrale Position*, die sich nicht an Konflikten beteiligt, die sich immer noch darum drehen, wer wessen Ressourcen plündern darf! Es ist die Auseinandersetzung mit der Grundrente, die nicht nur die Neutralität befördert hat sondern auch die Demokratie, welche die Emanzipation aus feudalen Zwängen voraussetzt. Die politisch-ökonomischen Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit die Menschenrechte für alle verwirklicht werden können.

Wir erkennen also hier bereits in der Entstehung der Eidgenossenschaft das strukturelle Grundmuster der Neutralität der Schweiz. Und gleichzeitig zeigte sich auch damals das genuine Unverständnis jener reduktionistischen Aussensicht auf die Neutralität, welche den prozessualen Ordnungsvorgang, — welcher der Neutralität vorausgeht —, nicht sehen will und nicht sehen kann. Im Pilgerreisebericht des Simplicius Simplicissimus, der aus dem kriegsversehrten Deutschland in die Schweiz kam und nach Einsiedeln wallfahrte, wunderte dieser Wanderer sich über den Wohlstand und den Frieden in den Dörfern der Schweiz, in denen sogar die Hühner frei herumliefen. Und wir haben hier auch bereits die Vorlage für das später auftauchende moralisierende Narrativ des Kriegsgewinners, mit welchem

hegemoniale Kriegsparteien den Neutralen zur Preisgabe der Neutralität und zum Eintritt in ihre Kriegspartei zwingen wollen!

Es ist jedoch eine der Hauptfragen in der Politischen Ökonomie, welche kluge Köpfe immer wieder beschäftigt hat: Demokratische, in flachen Strukturen organisierte Territorien mit geringer natürlicher Fruchtbarkeit bringen mehr Volkswohlstand hervor als Gebiete mit hoher natürlicher Fruchtbarkeit, die sich im Streit um diese Vorzüge abnützen. Auch hier wird deutlich: Organisatorische Klugheit sichert mehr Wohlstand als Krieg um fruchtbare und ressourcenreiche Territorien. *Das ist die fortschrittliche Sicht der Bevölkerung in direkten Demokratien.* Aber es ist nicht die Sicht oligarchischer Geldeliten der kapitalistischen Wachstumswirtschaft! Denn diese verdient nicht am Volkswohlstand von Produktion und Verbrauch zur Deckung der Bedürfnisse, sondern bereichert sich ausschliesslich mittels kapitalisierten wirtschaftlichen Vorleistungen noch mehr Kapital zu bilden, — was ohne wachsenden Verschleiss der Naturgrundlage nicht möglich ist — und heute wie vor 400 Jahren immer noch die alles bestimmende *Kriegsursache* ist.

Die Bedürfnisse mit weniger Aufwand zu befriedigen, fairen Handel zu betreiben, die Umwelt zu schonen und die Menschenrechte einzuhalten, davon wird heute viel geredet. Faktisch werden aber Kriege um Ressourcen geführt, weil die riesigen Geldvermögen der global agierenden Geldkartelle den Wert der Realwirtschaft bereits um ein Mehrfaches übersteigen. Diese Gelder, die mit ehrlicher Produktion nichts mehr zu tun haben, verlangen gleichwohl nach Ertrag. Woher soll dieser kommen, wenn die Kolonialländer wie die alten Eidgenossen eine andere Ordnung wollen und sagen: Wir liefern keine Abgaben mehr!?

Kann man Friedensverhandlungen fordern und gleichzeitig diese Kriege verursachenden Konflikte unterschlagen?

Auf Einsichten in die Konfliktentwicklung, Erfahrungen und Errungenschaften fusst die Neutralität der Schweiz — als bewusstes Organisieren von Existenzsicherheit, Frieden und Wohlstand — durch die Fähigkeit, Konflikte sofort zu erkennen und zu lösen. Das ist mehr als die immer wieder von den Gegnern der Neutralität angeführte defaitistische Meinung, es gäbe nur Interessenpolitik. Ein flächenmässig kleines Territorium wird auch von Anfang an dazu 'erzogen', den Handel und die Wirtschaftsentwicklung auf der Basis des *gegenseitigen Vorteils* zu betreiben. Hegemoniale Strukturen dagegen versuchen den Mehrwert nicht zu teilen, sondern sich das wirtschaftliche Wachstum einseitig anzueignen. Das sind die sogenannten «Interessen», die zur Begründung der Konflikte angeführt werden, als ob die Gegenseitigkeit nicht das grundlegendere Prinzip schon immer gewesen ist.

Im Ergebnis des Dreissigjährigen Krieges — im Westfälischen Frieden — hat sich herausgestellt, dass neben der erreichten grösseren Freiheit und Unabhängigkeit der Fürsten gegen Papst und Kaiser da noch die Schweizerische Eidgenossenschaft real existierte, die nichts anderes wollte, als ihre erkämpfte Reichsfreiheit bestätigt zu bekommen. Es ging somit darum, den historischen Vorsprung, den die Eidgenossenschaft in der erreichten Emanzipation vom Adel errungen hatte, anerkennen zu lassen: die Eidgenossenschaft als selbständige freie Körperschaft, die an keinen Streitigkeiten der grossen Mächte und ihren «Interessen» teilnimmt!

Es geht somit auch heute nicht um irgendwelche rechtlichen Grundlagen der Neutralität, sondern es geht um die Praxis der politischen Ökonomie der Lebensraumgestaltung der Eidgenossenschaft, welche aufgrund der weggefallenen Feudalabgaben das Land — trotz beschränkter Naturgrundlage, dezentralen

und kleinräumlichen Strukturen — wirtschaftlich entwickelt hat. Das Netz aus Dörfern und Flecken ist relativ dicht und flach strukturiert und lebt ohne jeden ökonomischen Grenzschutz. Diese Stabilität der Entwicklung, — die andere Lebensgemeinschaften nicht belastet —, ist der *Kern der Neutralität*! Diese Neutralität ist auch immun gegen Wirtschaftskrieg und Sanktionen. Das Argument von Kriegsparteien, die neutrale Schweiz müsse an ihren Sanktionen teilnehmen, weil neutrales Territorium zur Umgehung einlade und somit automatisch zur Kriegspartei des Gegners werde, entbehrt jeder Grundlage. Der Neutrale, der mit allen Handel treibt, hält seinen Courant normal für alle Kriegsparteien unverändert und bietet eben aufgrund dieser neutralen Position des freien Handels auf der Basis des gegenseitigen Vorteils keinen Spielraum für Handelskriege Dritter.

Wie politisch stabil diese Struktur war, belegt auch die Episode von St. Cloud 1802, als es der Delegation der Eidgenössischen Tagsatzung gelang, Napoleon von der eidgenössischen politischen Praxis zu überzeugen, sodass Napoleon sein abstraktes Reformmodell, welches er der Schweiz überstülpen wollte, aus eigener Einsicht selbst zurückzog. Vielleicht hätte sich Napoleon von der eidgenössischen Delegation anschliessend beraten lassen sollen, ob eine Kontinentalsperre — die Mutter der Sanktionen — geeignet ist, Grossmachtinteressen durchzusetzen? Der Russlandfeldzug und sein umfassendes Scheitern wären ihm erspart geblieben. Jedenfalls zeigt auch dieser historische Bezug, wie sachwidrig es für die neutrale Position ist, Wirtschaftssanktionen zu übernehmen!

Diese Episode auf dem Weg der politischen Entwicklung der Eidgenossenschaft beweist auch, dass im europäischen Rahmen absolut keine Rede davon sein kann, die Neutralität sei der Schweiz am Wiener Kongress geschenkt worden. Ebenso ist das liberalistische Narrativ, Napoleon habe der Schweiz erst die Freiheit gebracht, blind gegen die dargelegte Entwicklung der Eidgenossenschaft.

Die Industrialisierung der Schweiz war nicht eine Folge von staatsinterventionistischen Erziehungszöllen, sondern die Folge von gewachsenen engmaschigen Siedlungs- und Dorfstrukturen, die allseits offen waren, gut erschlossen und begünstigt durch die Topografie mit Wasserkraft dezentral versorgt. Etwas, was dann vom dezentralen Eisenbahnnetz übernommen wurde.

Das hat die englischen Anarchisten und auch John Stuart Mill interessiert, warum die Textilindustrie in der Schweiz auf dem Weltmarkt gegenüber der englischen Ware konkurrenzfähig war. Was war der Grund? Die Industrieentwicklung auf der Basis der *Dezentralität*, war möglich ohne Abwanderung und Bildung neuer schlecht versorgter elender Industriestädte wie in England. Folglich hielt die Dezentralität die Reproduktionskosten der Arbeitskräfte tief — jedoch auf hohem Niveau von Gesundheit und Bildung. Bei Depression und reduziertem Absatz der Spinnerei in Uster blieb der Arbeiter auf seiner Kleinheimstätte in Nänikon und versorgte die Familie mit sicherem Wohnen und mit sicherer Ernährung. Eine damals strukturelle Stärke der Industrialisierung in der Schweiz, die der in England tätige Textilfabrikant Friedrich Engels übersehen bzw. zusammen mit John Stuart Mill gleichermassen überrascht hatte.

Wir sehen also in der Schweiz diese völlig offene, kleinräumliche und subsistenzstarke Grundstruktur im 19. Jahrhundert mit ebenso dezentraler und ingenieursmässiger Industrieentwicklung bis zum Ersten Weltkrieg.

Die Neutralität heute — unter den Bedingungen von Rohstoffknappheit und Freihandel

War anfänglich die knappe Grundrente der Eidgenossenschaft der Hauptgrund sich aus übergriffigen Herrschaftsverbänden zu lösen, so wurde im Ergebnis der Industrialisierung der Schweiz unter den

Bedingungen des absoluten Freihandels die Abhängigkeit von zunehmend importierten Rohstoffen zu einer Frage, die ebenfalls bezogen auf die Schweiz nur organisatorisch und nicht militärisch zu lösen war. Jetzt zeigte sich 1917/18 nach dem Zusammenbruch des Freihandels, dass der industrialisierten Schweiz Ackerland und Rohstoffe fehlten.

Nach 1648 und 1815 bestätigte sich hier im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg nochmals deutlich, dass die Neutralität die *existentielle Voraussetzung* ist, um als rohstoffarmer Kleinstaat die Industrieentwicklung weiter voranzutreiben zu können bei der gegenläufig zum Industrieexport entstehenden Importabhängigkeit. Mit der volkswirtschaftlichen und auch Territorialgrenzen überschreitenden Arbeitsteilung liegen Produktion und Konsum immer weiter auseinander. Ist die Arbeitsteilung fest auf der Basis des gegenseitigen Vorteils verfasst, sind Lieferbeziehungen auch über grosse Distanzen auf der Basis der Gegenseitigkeit stabil. Wird jedoch das arbeitsteilige Auseinanderklaffen von Produktion und Konsum von Wirtschaftsregionen zum Handels- und Wirtschaftskrieg (heute euphemistisch als Erlassen von Sanktionen bezeichnet) missbraucht, sind jene Länder im Nachteil, die als Ersatz für das gebrochene Versprechen der Gegenseitigkeit nicht schnell genug Ersatz in der Binnenwirtschaft schaffen können. *Das heisst, die Neutralität der Schweiz ist die Antwort auf den Wirtschaftskrieg!*

War beim Westfälischen Frieden und am Wiener Kongress die Neutralität die Antwort auf den Krieg um Territorien, so gilt die Neutralität auch als Antwort für den Wirtschaftskrieg, den Grossmächte führen!

Die Aktualisierung der Neutralität der Schweiz auf die Konflikte im Vorfeld des Ersten Weltkrieges war die grosse Leistung von Carl Spitteler. Gerade mit Blick auf die globalen Wirtschaftskriege zeigte Spitteler, dass es gute Gründe gibt, sowohl die Position Englands wie Deutschlands zu verstehen. Die Lösung kann deshalb nicht im Krieg liegen, sondern in der *Lösung der unterschiedlichen Standpunkte*. Je entwickelter die internationale Arbeitsteilung ist, desto mehr muss die wirtschaftliche Organisation den gegenseitigen Nutzen der daran beteiligten Akteure sichern.

Der Streit um Wirtschaftsräume, Ressourcen und imperiale Marktausdehnungsstrategien als Ursache des Ersten Weltkrieges *schärfte in der Schweiz* die Bedeutung der *Neutralität als Konfliktlösungskonzept*. Die Ereignisse von 1914 bis 1918 und darüber hinaus waren eine Bestätigung der Spitteler Rede von 1914. *Nicht Einzelinteressen zu übernehmen, sondern die Einzelinteressen im Kontext der internationalen Arbeitsteilung in den Zusammenhang zu stellen.* Also Neutralität, um die Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung allseits zu sichern, indem sich die Schweiz an den Auseinandersetzungen um wirtschaftliche und militärische Einflusszonen erklärermassen nicht beteiligt. *Eben nicht — um sich in Neutralität abzuschotten —, sondern eben gerade umgekehrt, um sich auf eine moderne Welt der internationalen Arbeitsteilung und auf diese als eine zukünftige Existenzform des unumgänglichen gegenseitigen Nutzens zu berufen. Es ist Mode geworden, mit dem Argument der sog. Interessenpolitik — sprich Machtpolitik —, der Neutralität die Machtfrage zu stellen. Das ist der finale Angriff auf den Imperativ der europäischen Aufklärung, der die Befreiung rückgängig machen will und die entstandenen nicht gelösten Konflikte dazu benutzt, sie wieder der alleinigen Machtfrage zu unterstellen. Neutralität sei schon recht, aber es herrsche die Interessenpolitik. Die Schweiz sei damit in einem gegebenen Kontext von den Finanzkartellen bis zur Rohstoffversorgung in bestehende Abhängigkeiten eingebunden, die sie mit Sanktionen erpressen können. Hier habe sie Tribut zu leisten. Ihre bisherige Neutralität sei zwar durchaus ein Erfolg in der Vergangenheit gewesen, aber nicht als Ergebnis eines Emanzipationsprozesses, sondern von zufälligen Umständen, zu denen sie nichts beigetragen habe.*

Die Neutralität als internationale anerkannte Ordnungskraft und die Entstehung der OSZE

Die sog. 'Guten Dienste', die als Argument zur Begründung der Neutralität vorgebracht werden, sind nicht angebotsseitig entstanden, sondern es ist das Resultat der Nachfrage.

Ein Land, das ohne eigene Rohstoffe und starker Einbindung in den internationalen Handel prosperiert und es dabei schafft, neutral und frei zu bleiben bzw. von keiner Hegemonialmacht einverleibt zu werden, muss eine besondere Kompetenz haben. Und diese Kompetenz suchen Nachfrager vor allem von ausserhalb des Perimeters der herrschenden Länder nach.

Weil die Schweiz sich eben als Folge der Industrialisierung, der damit verbundenen Strukturen und der Tatsache der fehlenden eigenen Ressourcenbasis nicht abschotten kann, ist sie gezwungen auf den *künftigen Zustand der gelösten bzw. befriedeten Konflikte hinzuarbeiten, als einen Imperativ des vernünftigen Verhaltens*; deshalb ist der Hinweis von Robert Nef vom Liberalen Institut eben echt schweizerisch in diesem eigenständigen Sinn, in dem er die schweizerische Neutralität mit dem Kant'schen kategorischen

Imperativ in den Zusammenhang bringt, sich so zu verhalten, dass die Maxime des eigenen Handelns zum allgemeinen Gesetz werden kann. *Diese Reife der politischen Erfahrung im Sinne der Aufklärung einzulösen ist die Bestimmung und der Werdegang der Eidgenossenschaft in Europa!*

Hier liegt auch der Grund, warum Russland ein Interesse an der Neutralität der Schweiz hatte, jedoch die USA und die Nato nicht!

Gleichzeitig hat sich jedoch auch ein anderer Perimeter herausgebildet: die KSZE der heutigen OSZE. Die KSZE beruht auf einer Initiative der Sowjetunion und dem Gedanken der friedlichen Koexistenz. Der Zugang zu dieser historischen Wahrheit wird heute vollständig verbaut, indem die Sowjetunion als das Reich des Bösen zu gelten hat und Russland als Regionalmacht will das Reich des Bösen wieder errichten. Dabei reicht der Perimeter der OSZE vom kanadischen Vancouver bis zum russischen Wladiwostok. Aus der Erkenntnis der Weltkriege und der atomaren Bedrohungen im Kalten Krieges sollten Konflikte nicht militärisch, sondern durch Verhandlungen gelöst werden. Die Auflösung des Warschauer Paktes, der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland und den osteuropäischen Staaten, die Zusicherung, dass die NATO sich nicht nach Osten ausdehnt sowie dann die erfolgte Auflösung der Sowjetunion sollten als Friedensdividende genügen, um fortan Konflikte durch eine neutrale Organisation wie die OSZE lösen zu können.

Die Philosophie der OSZE war gewissermassen ein Stillhalten aller Länder als Voraussetzung für eine Entwicklung auf der Basis des gegenseitigen wirtschaftlichen Vorteils. Doch die Assoziationsvorschläge der EU mit der Ukraine waren nicht ausgeglichen, sodass die Ukraine sich unter der Regierung des Präsidenten Janukowitsch aus den Verhandlungen zurückzog. Weil damit aber auch die Integration des Schwarzmeerhafens Sewastopol auf der Krim gefährdet war, mischten die USA sich in die innere Angelegenheit der Ukraine, was sich bis zu einem Putsch steigerte und zum Bürgerkrieg in der Ukraine führte.

Die Sternstunde des schweizerischen Vorsitzes der OSZE

Dass parallel zu diesem Vorgehen auch Bestrebungen liefen, die OSZE in der Ausübung ihrer neutralen Position zu schwächen, lag offensichtlich im Interesse der USA, welche auch bereits auf eine fragwürdige Weise in der Ukraine intervenierte.

In dieser Situation der Spannungen innerhalb der OSZE erhielt die neutrale Schweiz den Vorsitz.

Im Bürgerkriegskonflikt in der Ostukraine hat die Schweiz klar aufgezeigt, wie man das Problem löst. Die Schweiz ist offen und Teil dieser Welt. Das Gewicht und die Legitimation der Neutralität der Schweiz fusst auf ihrem Werdegang, den wir oben aufgezeigt haben, welcher die politische Statur der Schweiz prägt. Die Spannung, die zwischen dem Denken, das in Konflikten sich auf die eigene Macht beruft, und zwischen demjenigen, der in der Konfliktlage vorausdenken muss, um den Konflikt zu lösen, ist nie deutlicher geworden als im Ukraine Konflikt. Dass dabei das Vorrücken der NATO schon früh als Konfliktgefahr deutlich wurde, hat schon 1993 der Generalstab der Schweiz festgehalten. Aber man kündigte die Konfrontation nicht an, tat lange so, als gäbe es sie nicht, überhörte die an der Münchner Sicherheitskonferenz von 2007 besorgte Frage Russlands nach Ziel und Auswirkungen der NATO-Osterweiterung und missbrauchte den Unmut der Bevölkerung gegen die Oligarchen und jene, die nach der Auflösung der Sowjetunion ihren bescheidenen Wohlstand geplündert hatten, um dem Maidan zu einem politischen Putsch zu instrumentalisieren.

Die Schweiz hatte im Jahre 2014 den Vorsitz der «Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (OSZE) inne. Als Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA *präsierte Bundespräsident Didier Burkhalter während dieses Jahres die OSZE*. 2017 bis 2020 hatte die Schweiz sogar die Leitung des Generalsekretariats der OSZE inne.

2014 war die eigentliche Sternstunde: «Mit der Schweiz übernimmt im kommenden Jahr ein Staat den OSZE-Vorsitz, der sich und anderen nichts beweisen muss. Dass man in Bern in schwierigen Zeiten und mit unsicheren Erfolgsaussichten dennoch Verantwortung übernimmt, verdient Respekt“, schrieb damals Wolfgang Zellner, stellvertretender Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Deshalb musste die Schweiz ihre Neutralität offen und ohne Anpassungen darlegen. Die Verbindung der Neutralität der Schweiz mit dem Vorsitz der OSZE war eine Kumulation, die es in sich hatte. Dabei litt die OSZE bereits unter Erosionserscheinungen der sich abzeichnenden Rivalitäten zwischen der «einzigen Weltmacht» und des von Obama als «Regionalmacht» herabgestuften Russland. Das äusserte sich darin, dass die OSZE den 2013 offen ausgebrochenen Konflikt als «Überraschung» bezeichnete. Man gab an aus allen Wolken zu fallen, dass Russland auf der Krim ein Plebiszit lancierte, um den Hafen Sewastopol nicht der EU und der Nato zu überlassen. Schliesslich hatte die Nato schon den Kosovo von Serbien abgetrennt, um dort das grösste US-Heerlager im Raum Südeuropa / Naher Osten zu errichten. Aufgrund dieser Vorpositionierung nahmen Deutschland, Grossbritannien und die USA Stellung für den in Richtung EU orientierten Maidan. Zusätzlich boykottierten sie die Kiewer Ministerratssitzung der OSZE Ende 2013. Am 1. Januar 2014 übernahm Didier Burkhalter das Präsidium der OSZE als Organisation, die dazu dienen sollte Konflikte zu lösen. Stattdessen haben die USA die Versammlung Ende 2013 bereits boykottiert, weil sie mit dem Wechsel der Krim von der Ukraine zu Russland — im Gegensatz zum eigenen Vorgehen im Kosovo — nicht einverstanden waren. Gleichzeitig wurde der auch oligarchenkritische Maidan von Scharfschützen überfallen, was aufzuklären die durch einen Putsch an die Macht gekommene Regierung der Ukraine sich bis heute weigert. Burkhalter hat als Chairman in Office der OSZE 2014 einen zum Bürgerkrieg anschwellenden Ukraine Konflikt übernommen.

Die OSZE verpasste es auffällig, den Konflikt rechtzeitig in seiner Entstehung zu erfassen, wie das im Ministerratsbeschluss 3/11 vom 7. Dezember 2011 verlangt wird. Den Konflikt rechtzeitig erfassen, heisst, *den Konflikt als Prozess zu erkennen*. Wer den Konflikt nicht als Prozess freilegen will, will *die Ursachen* nicht freilegen! Dabei ist es Aufgabe der OSZE, «als unteilbare Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok» *die Ursachen der Konflikte* freizulegen. Im Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik von 2014 wird festgehalten, dass die Analytiker der OSZE gleichermassen überrascht gewesen seien über die Aktivitäten Russlands wie die USA, die EU und die NATO. Diese Beurteilung steht im Widerspruch zum Auftrag 3/11 der OSZE und folgt der Interpretation einer der Konfliktparteien, die auf den Konfliktprozess nicht eintreten wollen. Seit der Münchner Sicherheitskonferenz von 2007 lag der Konflikt auf dem Tisch! Die USA, die EU und die NATO sind nicht darauf eingetreten, weil sie nicht bereit waren, ihr Vorgehen zur Diskussion zu stellen, sondern darauf spekuliert haben, Russland zu Abwehrmassnahmen zu zwingen und dann diese Abwehrmassnahmen Russland als *alleinigen Konfliktgegenstand* vorzuwerfen, ohne den *Konflikt in seiner Gesamtheit als Prozess* vor der europäischen und vor der Weltöffentlichkeit zu erörtern. Damit hatte die OSZE das Heft bereits an die *Konfliktpartei USA, EU und Nato übergeben*. Die Feststellung, der OSZE seien die Hände gebunden gewesen, weil die Ukraine unter Janukowitsch und Russland keine OSZE-Vermittlung zugelassen habe, ist unglaublich und bestätigt den Eindruck, dass die OSZE nicht ihrem Auftrag gemäss unabhängig agierte. Es wäre ihr Auftrag gewesen, gemäss dem Ministerratsbeschluss 3/11 die Parlamentarische Versammlung anzurufen. Stattdessen boykottierten die USA, Grossbritannien und Frankreich das Ministerratstreffen von Ende 2013 demonstrativ. Aus den USA, Grossbritannien und Frankreich nahmen – ausgerechnet am Ministerratstreffen in Kiew – Figuren der 2. Garnitur teil, u.a. Victoria Nuland. Deutlicher kann man nicht zu erkennen geben, dass man an einer Konfliktlösung kein Interesse hatte, was ja dann 2021 in der Art und Weise, die Fragen Russlands unbeantwortet zu lassen, sich weiter zuspitzte. Ab dem 1. Januar 2014 wurde, wie erwähnt, turnusgemäss die Schweiz mit Bundesrat Didier Burkhalter Präsident bzw. Chairman in Office der OSZE und hatte damit die politische Führung der OSZE inne. Sofort im Januar und im Februar 2014 machte Burkhalter an Russland und an Janukowitsch das Angebot im politischen Konflikt zu vermitteln, was beide abgelehnt haben. Ob die Ablehnung eine Folge auf den Boykott der OSZE-Ministerratssitzung vom Dezember 2013 war? Der Stab ging dann — anstatt zuerst die Kompetenz der OSZE wiederherzustellen — von der OSZE am 21. Februar 2014 an den deutschen Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier über, der in aller Eile einen Vertrag zwischen Janukowitsch und der Putschregierung aushandelte, der zu nichts führte, da Janukowitsch vor der zunehmenden Gewalt der Putschregierung nach Russland floh. Stattdessen hatte das durch die chaotischen Vorgänge undemokratisch veränderte Parlament eine Übergangsregierung beschlossen, die dann im Mai vorgezogene Präsidentschaftswahlen durchführen sollte und später auch Parlamentswahlen. Die Rede war von einer «Sternstunde Steinmeiers» *). Wo das am Schluss endete, ist bekannt. Jedenfalls war nun klar, dass die OSZE den politischen Konflikt in der Ukraine nicht mehr in ihren eigentlichen Aufgabenbereich einfügen konnte. Der Weg führte dann über die Münchner Sicherheitskonferenz 2014 von Berlin nach Bern, weil, wie gesagt wurde, die EU bereits in der Georgienkrise als Partei des Westens galt.

*) Die in Anführungszeichen folgenden Textstellen vgl.: Christian Nünlist, «Die Schweiz ist eine Mini-OSZE: Perspektiven auf das Schweizer OSZE-Vorsitzjahr 2014», in: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* (2013), S. 11 – 41.

Auf diese Weise wurde die offensichtlich durch die USA, Grossbritannien und Frankreich herabgestufte Rolle der OSZE — als die eigentlich beauftragte und legitimierte Instanz, politische Konflikte in der zutage getretenen Tragweite zu lösen —, nicht wieder in Stand gestellt. An der UNO-Sicherheitskonferenz vom 24. Februar 2014 kündigte Bundespräsident Burkhhalter an: 1. Gründung einer internationalen Kontaktgruppe für Hilfsprojekte und Versöhnungsaktivitäten, 2. Einsatz eines Sondergesandten der OSZE für die Ukraine mit Botschafter Tim Guldinmann, 3. Angebot der OSZE an die Ukraine, die Präsidentschaftswahlen zu unterstützen, 4. Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen auf dem Maidan. «Das ganze Spektrum des Instrumentenkastens der OSZE“ sei hiermit umgesetzt worden. „Im März/April 2014 kam es zu unzähligen Treffen und Telefongesprächen Burkhalters mit Aussenministern und Staats- und Regierungschefs von unter anderem Russland, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, USA sowie mit UNO-Generalsekretär Ban-Ki Moon.“ „Im Kern ging es bei Burkhalters Shuttle-Diplomatie zwischen New York, Berlin, Moskau und Paris Anfang März darum, eine internationale Kontaktgruppe zu etablieren sowie Einstimmigkeit unter den 57 OSZE-Teilnehmerstaaten für die Gründung einer OSZE-Beobachtungsmission in der Ukraine zu schaffen.“ Schliesslich wurde in der Minsker Vereinbarung vom September 2014 eine Waffenstillstandszone vereinbart, deren Überwachung der OSZE anvertraut wurde. Auch die Open Skies-Flüge hatte Russland als stabilisierende Aktivität der OSZE unterstützt. Ebenso wird erwähnt: „die russische Regierung hatte zwar Anfang März 2014 Vertrauen in die Schweiz, nicht aber in die OSZE als eine in ihrer Wahrnehmung von den USA dominierte Menschenrechtsorganisation. Die von der OSZE unter dem Präsidium der Schweiz 2014 eingerichtete SMM (Special Monitoring Mission) berichtete, dass sie keine Übergriffe Russlands in der Ostukraine feststellen konnte. Diese unabhängige Arbeit unter der Leitung der Schweiz wurde aber im Herbst 2014 von der Putschregierung der Ukraine angezweifelt.

Es gab nie einen Grund, dass die Schweiz ihre neutrale Position aufgeben und die Sanktionen der USA und der EU gegen Russland übernehmen musste — im Gegenteil, die USA und die EU haben die unter der Präsidentschaft der Schweiz getroffenen Vereinbarungen nie eingehalten und dadurch eine Friedenslösung bewusst verhindert. Dass namhafte schweizerische Politiker die Neutralität preisgeben haben, ist ein Schaden, den sie durch offenen Widerruf ihres Fehlentscheides korrigieren müssen.

Wie man die Schweiz ihrer Neutralität beraubt hat

Die USA, Grossbritannien und Frankreich blieben bei ihrer Meinung und lasteten den Bürgerkrieg in der Ostukraine Russland an und griffen schon im Frühling 2014 zu Sanktionen gegen Russland. Am 5. September 2014 wurde das Protokoll von Minsk (Minsk I) unterzeichnet und die SMM zur Überwachung des Waffenstillstandes eingesetzt.

Die an der UN-Sicherheitskonferenz 2014 von Burkhalter vorgeschlagene internationale Kontaktgruppe kam nur mit Mühe und ausserhalb der OSZE zustande, weil Russland die damit verbundene Anerkennung der illegitim an die Macht gekommenen Regierung anfänglich ablehnte. Russland lenkte

dennoch ein und gab dem Drängen der Schweiz nach, weil angenommen wurde, dass die neutrale Schweiz nicht unter dem Druck der politischen Akteure und Konfliktparteien stand. Der doch wirkende kumulative Effekt der Schweizer Neutralität und des OSZE-Vorsitzes 2014 war nicht unübersehbar. Umso grösser wurde die Spannung zwischen der an die Schweiz geknüpften Erwartungshaltung einerseits und jenen Kreisen, die der OSZE ihre eigentliche über den Ländern stehende Zweckbestimmung und der ebenfalls über den Konfliktparteien stehenden Neutralität der Schweiz nicht zugestehen wollten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die auf Wunsch Kiews 2014 gebildete sog. Trilaterale Kontaktgruppe. Diese wurde geleitet von der durch Präsident Burkhalter eingesetzten Sonderbeauftragten, Botschafterin Heidi Tagliavini, und Vertretern der Ukraine und Russlands. Erstes Ergebnis war der erreichte Zutritt zur Absturzstelle des abgeschossenen Passagierflugzeuges MH 17. Aber zur weiteren Aufklärung reichte es nicht. Die elektronischen Aufzeichnungen der Flugsicherheit des Towers von Kiew gingen direkt nach London. Die Schweiz protestierte nicht gegen solches Eingreifen über ihren Vorsitz hinweg. Das zweite Ergebnis war die Unterzeichnung des innerhalb der Trilateralen Kontaktgruppe ausgehandelten Minsker Memorandums vom 19. September 2014 zum Waffenstillstand, zu einem Neun-Punkte-Plan inklusive der Schaffung einer 30 Kilometer breiten Sicherheitszone beidseits der «Kontaktlinie» der Konfliktparteien und zum Abzug aller ausländischen Kämpfer und Söldner. Anstatt nun die Schweiz in dieser den Konflikt und das Abkommen überwachenden Rolle zu unterstützen, wurde zum Beispiel von den USA eine Delegation mit drei Hardlinern Victoria Nuland, Daniel Baer und Geoffrey Pyatt bereits an die Ministerkonferenz im Dezember 2013 (in Kiew) geschickt. Im August 2014 wurde dann von diesen Amerikanern massiv Druck auf Bundesrat Burkhalter ausgeübt, **die Schweiz müsse schärfste Statements gegen Russland abgeben. Dies zum Zeitpunkt, als der offene Krieg der ukrainischen Armee gegen die eigene Bevölkerung begann.**

Am 12. Februar 2015 folgte das „Minsker Massnahmenpaket“, mit dem Autonomiestatus für die russisch sprechenden Ostprovinzen, das die TKG mit Vertretern von Donetsk und Luhansk unterzeichnete. Dieser naheliegenderweise von der Verhandlungsleiterin eingebrachte Vorschlag mit dem Hinweis, dass diese Lösung in der Schweiz funktioniere, war der eigentliche Kern des Minsker Abkommens. Bei diesem im Februar 2015 in Minsk ausgehandelten 13-Punkte-Plan zum Waffenstillstand für die Ukraine spielte Tagliavini eine aktive Rolle. Mit der Lancierung des Minsker Friedensprozesses im Mai 2015 und der Einsetzung der vier Arbeitsgruppen unter je einem OSZE-Vorsitzenden übergab Tagliavini im Sommer 2015 ihr OSZE-Mandat an den österreichischen UNO-Botschafter in New York, Martin Sajdik.

Schnell zeigte sich 2015, dass die Ukraine unter Poroschenko diesen Teil des Abkommen nicht umsetzen wollte, denn damit wäre der Konflikt gelöst worden. Hier hätte die Schweiz als neutrales Land die in die Schweiz gesetzten Erwartungen erfüllen müssen und auf der Einhaltung der unter ihrer Federführung ausgehandelten zentralen Inhalte in aller Form beharren müssen! Es fehlte den schweizerischen Diplomaten das Format früherer Zeiten. Sie haben zwar vom Image der politischen Errungenschaften der Schweiz aus der Vergangenheit gern profitiert und sich mit den alten Federn geschmückt, aber sie haben nicht das Format gehabt, diese einzigartige Stellung der Schweiz in dieser Auseinandersetzung geistesgegenwärtig zum Bollwerk der Neutralität zu machen, um eben auch den Auftrag der OSZE für gegenseitige Sicherheit wieder in seiner vollen Tragweite herzurichten. Also den Kernauftrag der OSZE von Vancouver bis Wladiwostok, den einzufordern die neutrale Schweiz legitimiert gewesen wäre, *wie kein anderes Land!* Auch die Aussenpolitische Kommission, die aus einer gewissen Distanz sich eine Meinung hätte bilden können und sich beim Wiener Büro der OSZE mit eigenen Landsleuten hätte aus erster Hand informieren können, wusste nichts Besseres, als im entstandenen Chaos der einen

Konfliktpartei zu folgen, welche dann später öffentlich zugab, «Minsk» und damit inbegriffen auch den ganzen neutralitätspolitischen Einsatz der Schweiz als bewusste Täuschung Russlands lanciert zu haben. Man meinte offenbar im März 2022 in der Aussenpolitischen Kommission und im Bundesrat, man könne sich der Verantwortung für diesen politischen Betrug dadurch entziehen, dass man nun die Neutralität 'den Umständen entsprechend' preisgibt und sich dem amerikanischen Druck, Sanktionen gegen Russland mitzutragen, beugt.

Und wer von Seiten der Schweiz hat diesen Befehl unwidersprochen entgegengenommen? Man bekommt den Eindruck, dass heute die aus der Luft gegriffenen unqualifizierten Bemerkungen von Frau Tagliavini über die Person Putin, siehe Wikipedia, ebenfalls ein hilfloser Versuch sind, von der als Schweiz mitzuverantwortenden Niederlage der damaligen Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarung 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021 abzulenken.

Denn heute sagen Merkel und Holland offen, man habe das Abkommen nie umsetzen wollen — — — und die Schweiz als beauftragter Verhandler von Minsk sagt nichts! Das ist schmachvoll! Dass die 2014 durch einen Putsch an die Macht gekommene Regierung der Ukraine mit ihrer landeseigenen Armee während eines Jahrzehnts die landeseigene Zivilbevölkerung in ihren Wohngebieten feige beschoss, steht dem militärischen Eingreifen Russlands seit dem 24. Februar 2022 gegenüber. Es gibt aufgrund dieser Konfliktentwicklung keinen Anlass, dass die Schweiz die Neutralität preisgibt!

Die damalige Verschiebung der Verhandlungen von der OSZE zum sog. Normandie-Format hat der Schweiz den unbemerkten Abgang gewiesen, zwischen jenen Mächten, die ihr dann 2022 wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland aufgezwungen haben und die Minsker Abkommen als Täuschungsmanöver erklärt haben — eben wie Russland es immer wieder angemahnt hatte und die Schweiz - wie oben ersichtlich - sich immer wieder mit Erfolg dafür eingesetzt hat, Russland vom Gegenteil zu überzeugen.

Dies dämmerte offensichtlich auch Bundesrat Cassis, als er im Mai 2023 von der UNO-Sicherheitskonferenz in New York zurück in die Schweiz kam. Denn bisher galt, was der ehemalige Landsmann Pompeo Bundesrat Cassis 2019 in einer vertraulichen Befehlsausgabe auf dem Castello in Bellinzona zur *Preisgabe der Neutralität angewiesen* hatte. Dies hat der Bundesrat dann auch willig ausgeführt und «Wolodimir» im März 2022 auf dem Bundesplatz per Video zum persönlichen Freund erklärt. Nun aber kam Cassis letztes Jahr 2023 im Mai direkt von der UNO-Sicherheitskonferenz zurück und hielt einen Vortrag vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft. Ausserhalb der EU und der USA gäbe es eine andere Sicht, hob Cassis an. Viele Länder aus den ehemaligen Kolonien sähen auch diesen Konflikt in der Ukraine mit anderen Augen. Sie erinnerten sich an die Hilfe der Sowjetunion in ihrem Kampf gegen die Kolonialmächte, die (nach angeeigneten strategischen Vorteilen) scheinheilig auf Demokratie pochten [siehe Rainer Mausfeld, Hybris und Nemesis]. Und sie sähen im Ukraine Konflikt den abermaligen Versuch des US-Imperialismus, Russland unter seine wirtschaftliche Vorherrschaft zu zwingen.

Was Bundesrat Cassis hier in unmissverständlicher Sprache berichtete, blieb nicht unbemerkt. Die NZZ hat auf einer ganzen Seite über Cassis' Vortrag, in der Ausgabe vom 13. Mai 2023, kein Wort über dieses Hauptanliegen von Cassis berichtet. Der Redaktor, Samuel Tanner, hat zu erkennen gegeben, dass er das Dilemma von Cassis wohl erkannt hat, und durch Schweigen der Leserschaft die Missbilligung angezeigt. Auf einer ganzen Seite wurde despektierlich über Cassis hergezogen, aber seine brisante Hauptbotschaft, die er aus New York mitbrachte, wurde mit keinem Wort erwähnt!

Offensichtlich versuchte Cassis im Juni 2023 einen Versuchsballon zu starten zur zukünftigen Rolle der Schweiz im Zustand der ihr entwendeten Neutralität und in der Auseinandersetzung zwischen dem hegemonialen Westen und den BRICS-Staaten.

Die Handschrift, wie dann die Bürgenstock-Konferenz organisiert wurde, zeigt klar, Cassis hatte nicht die geringste Chance. Die liberalen Kreise, an die er sich in Zürich wandte, haben ihm nicht nur nicht geholfen, sondern ihn erst recht an den Hegemon verraten, der die Bürgenstock-Konferenz von A bis Z bestimmte und nun auch die Folgekonferenz wiederum missbräuchlich unter dem Etikett einer Friedenskonferenz zur geopolitischen Neuordnung nach ihren Interessen in petto hält.

*

Die Richtigstellung der Fehlentscheide

Das alles aufzugreifen und richtigzustellen ist **die Aufgabe der neutralen Schweiz**. Damit man uns nicht mehr auf dem Bürgenstock besetzen kann, müssen wir *unsere Neutralität unmissverständlich auch in der Verfassung vor künftigem Missbrauch schützen*. Wie es gelaufen ist, dass die Schweiz gezwungen werden konnte, ihre Neutralität preiszugeben, ist zu klären.

Warum hat die Schweiz nichts unternommen, als 2015 der ukrainische Präsident Poroschenko es abgelehnt hat, den in der Minsker Vereinbarung beschlossenen Autonomiestatus der russisch sprechenden Ostprovinzen umzusetzen? Wäre die Schweiz gegen diese Nichtumsetzung *bereits 2015 mit Bundesrat und seinem diplomatischen Personal vorgegangen*, dann wäre schon damals zu Tage getreten, dass die Vertragsparteien — ausser Russland — die Vereinbarung gar nicht einhalten wollten.

Fazit: Die neutrale Schweiz hätte damals die Nichteinhaltung der Abkommen von Minsk rechtzeitig zur Sprache bringen können. Sie hätte dabei nicht mehr und nicht weniger lediglich auf ihrem *neutralen Status beharren* müssen!

Wir müssen in der Schweiz das faule Bündnis zwischen Opportunisten, die den beschwerlichen Weg der Aufklärung scheuen auf der einen Seite (im Inland), und den geopolitischen Interessen, die von aussen uns in ihre Grossraumpolitik einbinden wollen, beim Namen nennen!

Also zeigen wir die Zusammenhänge auf, die unsere Neutralität begründen; dann ist **der gemeinsame politische Wille geweckt**, der nicht nur für die Abstimmung zur Aufnahme des Neutralitätsartikels in die Bundesverfassung für die Schweiz lebenswichtig ist, sondern ebenso für den ganzen OSZE-Perimeter, der die letztliche Verantwortung trägt, **den Konflikt zu lösen**.

Hans Bieri, 21. September 2024

Mitglied des Initiativkomitees zur Neutralitätsinitiative